



Ausschuss für Soziales, Inklusion und Demographie	16.11.2023
Rat	30.11.2023

öffentlich

Vorlage Nr.	583/2023-5
Stand	23.10.2023

Betreff Neuausrichtung der Migrationspolitik - "Münsteraner Erklärung"

Beschlussentwurf Ausschuss für Soziales, Inklusion und Demographie

Der Ausschuss für Soziales, Inklusion und Demographie

- a) begrüßt die Inhalte und Forderungen der am 11. Mai 2023 vom Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW verabschiedeten „Münsteraner Erklärung“
und
- b) empfiehlt dem Rat der Stadt Bornheim, wie folgt zu beschließen:

Beschlussentwurf Rat

Der Rat

- a) schließt sich der Haltung des Ausschusses für Soziales, Inklusion und Demographie an
und
- b) beauftragt die Verwaltung, die Erklärung sowie die darin enthaltenen wesentlichen Punkte und Forderungen den für unsere Stadt zuständigen Abgeordneten des Landtages, des Bundestages sowie des Europaparlaments umgehend und in geeigneter Weise zu übermitteln und dabei deutlich zu machen, dass die dringende Neuausrichtung der Migrationspolitik für die Kommunen keinen Aufschub duldet.

Sachverhalt

Immer mehr Menschen weltweit fliehen vor Kriegshandlungen, Bedrohung und Naturkatastrophen aus ihren Herkunftsländern und suchen den Schutz unserer Gemeinschaft.

Auch in Bornheim ist diese Entwicklung durch die aktuellen Zahlen an zugewiesenen Menschen sichtbar.

Wenngleich die Erfüllungsquote über die Bezirksregierung Arnsberg noch im Frühjahr und Sommer 2023 stabil und wenig schwankend bei nahezu 100% lag, brach diese, wie auch im Herbst 2022, ohne Vorankündigung mit einer immensen Aufnahmeverpflichtung von ca. 120 Personen ein.

Eine sichere Planung und konzeptionelle Arbeit im Belegungsmanagement der Unterbringung sind vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und den knappen Ressourcen auf dem Wohnungsmarkt nicht möglich. Auch Schulen und Kindertagesstätten sind aus

unterschiedlichen Gründen belastet; freie Plätze in Sprach- und Integrationskursen werden zunehmend knapp.

Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen müssen handeln, da die Schere zwischen den humanitären Verpflichtungen und den faktischen, lokalen Möglichkeiten zunehmend auseinanderdriftet.

Die lokalen Möglichkeiten sind begrenzt. Deshalb muss eine Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik erfolgen, auch, um die gesellschaftliche Akzeptanz der Zuwanderung und unmissverständliche Solidarität nicht weiter zu gefährden.

Die Kriterien für die Neuausrichtung der Migrationspolitik bringt die von den Präsidiumsmitgliedern des Städte- und Gemeindebundes NRW – **ohne Gegenstimme angenommen** – „Münsteraner Erklärung“ vom 11.05.2023 in zehn Punkten zum Ausdruck:

1. Klare Regulierung der Einwanderung
2. Gerechte Verteilung und Schutz der EU-Außengrenzen
3. Ausweitung der Aufnahmekapazitäten in Bund und Land
4. Rückführung von Personen ohne Bleibeperspektive
5. Vollständige Kostenerstattung
6. Mehr Wohnraum, mehr Kita- und Schulplätze, mehr Integration
7. Standardabbau und Entbürokratisierung
8. Harmonisierung der Integrations- und Sozialleistungen
9. Zahlung einer Integrationspauschale
10. Bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Arbeitsmigration

Mit dem Beitritt zur „Münsteraner Erklärung“ unterstützt die Stadt Bornheim die Dringlichkeit eines Umdenkens in der Migrationspolitik auf Landes- und Bundesebene.

Finanzielle Auswirkungen

Keine

Auswirkungen auf das Klima

1. Grundeinschätzung <input checked="" type="checkbox"/> Mit dem Vorhaben ist keine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 3. <input type="checkbox"/> Mit dem Vorhaben ist eine klimarelevante Wirkung verbunden. → weiter bei 2.
2. Klima-Test Die mit dem Vorhaben verbundene klimarelevante Wirkung ist <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ → weiter bei 3.
3. Begründung Digitale Abwicklung

Anlagen zum Sachverhalt

Münsteraner Erklärung des STGB NRW vom 11.05.2023